

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 13. Dezember bis 16. Dezember 2021 Straßburg

Alexej Nawalny erhält den Sacharow-Preis 2021

Der russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalny wird am Mittwochmittag auf einer feierlichen Sitzung mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2021 ausgezeichnet. 5

Unlautere Praktiken der großen Online-Plattformen beenden

Das Parlament wird über seinen Standpunkt zum Gesetz über digitale Märkte abstimmen, das große Online-Plattformen in der EU regulieren soll. 7

Geschlechtergleichstellung: Frauen Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern

Das Parlament fordert von der EU und ihren Mitgliedstaaten konkrete Maßnahmen, um die Rechte der Frau zu wahren und Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abzubauen. 9

Debatte zum nächsten EU-Gipfel und zur EU-Reaktion auf erneute Corona-Welle

Debatte am Mittwochmorgen mit EU-Kommission und slowenischer Ratspräsidentschaft über den EU-Gipfel vom 16. Dezember und die Bekämpfung der Corona-Pandemie. 11

30.Jahrestag der Auflösung der Sowjetunion

Dreißig Jahre nach dem Ende der Sowjetunion wird das Plenum aus diesem Anlass auf die Zukunft Russlands und Europas blicken. 13

Corona-Aufbaufonds: Debatte mit Kommission und Rat zu nationalen Aufbauplänen

Am Mittwoch erörtern die Abgeordneten die Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne und schauen auf die Situation in den Ländern, deren Pläne noch nicht genehmigt wurden.

14

EU-Werte in Slowenien: Parlament äußert Bedenken zu jüngsten Entwicklungen

Am Donnerstag stimmt das Parlament über eine Entschließung zur Lage der EU-Werte in Slowenien ab. Schwerpunkte sind Medienfreiheit, Unabhängigkeit der Justiz und der Zustand der Demokratie.

16

Fragen zur Änderung der Asylregeln an der EU-Außengrenze zu Belarus

Die Abgeordneten befragen Kommission und Rat zu dem Vorschlag, die EU-Asylregeln in Polen, Lettland und Litauen zur Bewältigung der Notlage an der EU-Außengrenze zu Belarus anzupassen.

18

Internationales Beschaffungswesen: Diskriminierung von EU-Firmen beenden

Das Parlament wird am Dienstag über ein internationales Instrument abstimmen, das Drittländer dazu bringen soll, ihre Märkte für öffentliche Aufträge für die EU zu öffnen.

20

Weitere Bedrohungen der Grundrechte in Polen

Am Mittwochnachmittag wird sich das Plenum mit den jüngsten Ereignissen in Polen befassen, die befürchten lassen, dass sich das Land weiter von der Achtung der Werte der EU entfernt.

22

Grünes Licht für das Europäische Jahr der Jugend 2022

Am Dienstag werden die Abgeordneten erwartungsgemäß gutheißen, dass die EU im nächsten Jahr die Bedürfnisse junger Menschen in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns stellen wird.

24

Ukraine: Angst vor russischem Einmarsch - Debatte mit dem EU-Außenbeauftragten

Am Dienstagnachmittag diskutieren die Abgeordneten mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell über den militärischen Aufmarsch Russlands an der Grenze zur Ukraine.

26

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2021-12-13>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 13. Dezember bis 16. Dezember 2021 - Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[EP Multimedia Centre](#)

[EP Newshub](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Press Officer / Editorial Coordinator

☎ (+32) 2 28 32266 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72336 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 22

✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

📱 (+49) 177 323 5202

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@ep.europa.eu

Bernhard SCHINWALD

Press Officer in Austria

☎ (+43) 1 516 17211

📱 (+43) 660 373 7367

✉ bernhard.schinwald@europarl.europa.eu

Alexej Nawalny erhält den Sacharow-Preis 2021

Der russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalny wird am Mittwochmittag auf einer feierlichen Sitzung mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2021 ausgezeichnet.

Nawalny sitzt derzeit in Russland in Haft und kann daher nicht selbst an der Preisverleihung im Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Straßburg teilnehmen. Seine Tochter Daria Navalnaya wird den Preis in seinem Namen vom [Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli](#) entgegennehmen.

David Sassoli und Leonid Volkov, einer von Nawalnys politischen Beratern, der während Nawalnys Präsidentschaftswahlkampf 2018 dessen Stabschef war, werden im Anschluss an die Preisverleihung ab 12:45 Uhr eine Pressekonferenz im Daphne-Caruana-Galizia-Pressesaal des Parlaments abhalten.

Darüber hinaus werden Volkov und Nawalnaya am Dienstag, den 14. Dezember um 15.30 Uhr an einem vom Europäischen Parlament organisierten [Presseseminar](#) teilnehmen.

Sie können sowohl die feierliche Sitzung als auch die Pressekonferenz über [EP Live](#) und [EbS](#) verfolgen.

Informationen über die anderen Nominierten für den Sacharow-Preis in diesem Jahr [finden Sie hier](#).

Die Mitglieder der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und Entwicklung sowie des Unterausschusses für Menschenrechte werden am Montag, den 13. Dezember von 19:45 bis 21:15 Uhr eine Debatte mit Daria Nawalnaya und Leonid Volkov abhalten.

Hintergrund

Der jährliche [Sacharow-Preis für geistige Freiheit](#), benannt nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten Andrej Sacharow, wird seit 1988 vom Europäischen Parlament an Persönlichkeiten oder Organisationen vergeben, die sich für die Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen.

Preisverleihung: Mittwoch, 15. Dezember

Verfahren: Feierliche Sitzung

Pressekonferenz: Mittwoch, 15. Dezember, um 12.45 Uhr, mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli und Leonid Volkov

Weitere Informationen

[Pressemitteilung: „Alexei Nawalny erhält den Sacharow-Preis 2021 des Europäischen Parlaments“ \(20.10.2021\)](#)

[Gemeinschaft des Sacharow-Preises](#)

[Multimedia-Center des EP: EU-Russland](#)

[EP-Multimedia-Center: Sacharow-Preis 2021](#)

Unlautere Praktiken der großen Online-Plattformen beenden

Das Parlament wird über seinen Standpunkt zum Gesetz über digitale Märkte abstimmen, das große Online-Plattformen in der EU regulieren soll.

Der Gesetzesentwurf, der am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung steht, listet bestimmte Praktiken großer Plattformen auf, die die Position eines sogenannten „Gatekeeper“ auf den digitalen Märkten einnehmen, und ermöglicht es der Kommission, Marktuntersuchungen durchzuführen und nicht vorschriftmäßiges Verhalten zu sanktionieren.

Das Gesetz über digitale Märkte (*Digital Markets Act*, DMA) in der vom Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz am 23. November geänderten Fassung legt neue Pflichten und Verbote fest, die unmittelbar auf solche Plattformen anwendbar sind, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

Es wird für die großen Unternehmen gelten, die so genannte „zentralen Plattformdienste“ anbieten, die am anfälligsten für unlautere Geschäftspraktiken sind. Dazu gehören Online-Vermittlungsdienste, soziale Netzwerke, Suchmaschinen, Betriebssysteme, Online-Werbedienste, Cloud Computing und Video-Sharing-Dienste, die die für die Einordnung als „Gatekeeper“ geltenden Kriterien erfüllen. Die Abgeordneten haben auch Webbrowser, virtuelle Assistenten und vernetztes Fernsehen in den Anwendungsbereich des DMA aufgenommen.

Weitere Änderungen des Kommissionsvorschlags betreffen die Definition von „Gatekeepern“ auf der Grundlage bestimmter Schwellenwerte, die Liste der Verpflichtungen und Verbote, einschließlich neuer Bestimmungen über gezielte Werbung und die Interoperabilität von Diensten, Beschränkungen für sogenannte „Killer-Übernahmen“, die Durchsetzungsmaßnahmen der EU, die Rolle der nationalen Wettbewerbsbehörden und Geldbußen.

Weitere Informationen finden Sie in [dieser Pressemitteilung](#) (auf Englisch).

Debatte: Dienstag, 14. Dezember

Abstimmung: endgültige Ergebnisse am Mittwoch, 15. Dezember

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(23.11.2021\)](#)

[Aufzeichnung der Pressekonferenz von Berichterstatter Andreas Schwab \(EVP, DE\) am 23.11.2021](#)

[Berichterstatter Andreas Schwab \(EVP, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Geschlechtergleichstellung: Frauen Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern

Das Parlament fordert von der EU und ihren Mitgliedstaaten konkrete Maßnahmen, um die Rechte der Frau zu wahren und Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abzubauen.

In dem [Entschließungsentwurf](#), der am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung steht, fordern die Abgeordneten die Mitgliedstaaten auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Frauen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, mit gleichem Lohn und gleichen Arbeitnehmerrechten.

In Anbetracht der Zunahme der Gewalt gegen Frauen während der Coronakrise werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Täter von Missbrauch identifiziert und strafrechtlich verfolgt werden. Die Abgeordneten verlangen erneut, dass Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Lettland, Litauen und die Slowakei das [Übereinkommen von Istanbul](#) ratifizieren sollten, um geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, und dass eine umfassende EU-Rechtsvorschriften zu diesem Thema erforderlich sind.

Die Abgeordneten erinnern schließlich daran, dass der Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und den damit verbundenen Rechten ein Grundrecht ist, das nicht entzogen werden darf, und dass die Verweigerung der Betreuung eines Schwangerschaftsabbruchs eine Form von geschlechtsspezifischer Gewalt ist.

Hintergrund

Laut dem [Gleichstellungsindex](#) des [Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen](#) ist die EU noch mindestens 60 Jahre von einer vollständigen Gleichstellung der Geschlechter entfernt. Seit 2010 hat sich der Wert der EU nur um 4,9 Punkte verbessert. Im Jahr 2021 erreichten die Mitgliedstaaten eine durchschnittliche Punktzahl von 68 von 100, wobei mehr als ein Drittel von ihnen weniger als 60 Punkte erreichte.

Aussprache: Montag, 13. Dezember

Abstimmung: Mittwoch, 15. Dezember

Verfahren: Nichtlegislative Initiative

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatterin Sandra Pereira \(Die Linke, PT\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - Themenübersicht: Gleichstellung der Geschlechter \(Oktober 2021\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien - Gleichstellung der Geschlechter](#)

Debatte zum nächsten EU-Gipfel und zur EU-Reaktion auf erneute Corona-Welle

Debatte am Mittwochmorgen mit EU-Kommission und slowenischer Ratspräsidentschaft über den EU-Gipfel vom 16. Dezember und die Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Die Entwicklung der COVID-19-Pandemie und die Reaktion der EU auf die Gesundheits- und Wirtschaftskrise, die steigenden Energiepreise, Sicherheits- und Verteidigungsfragen sowie die Außenbeziehungen werden die Hauptthemen sein, die die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat erörtern werden.

Debatte: Mittwoch, 15. Dezember

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

[Tagesordnung des Europäischen Rates](#)

[Pressemitteilung \(Umweltausschuss\) - "The EU is prepared to tackle ongoing pandemic challenges, says EMA chief" \(30.11.2021, auf Englisch\)](#)

[COVID-19: Jüngste Entwicklungen \(Europäische Arzneimittelagentur\)](#)

[Aktuelle Informationen zur COVID-19-Situation \(Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

30. Jahrestag der Auflösung der Sowjetunion

Dreißig Jahre nach dem Ende der Sowjetunion wird das Plenum aus diesem Anlass auf die Zukunft Russlands und Europas blicken.

Am Montagnachmittag, unmittelbar nach der Eröffnung der Sitzung, wird der Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli eine Erklärung zu diesem Thema abgeben, bevor je ein Redner per Fraktion zu Wort kommt.

Debatte: Montag, 13. Dezember

Verfahren: Erklärung des Präsidenten mit einer Runde von Rednern der Fraktionen

Weitere Informationen

[Entschließung zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas \(19.09.2019\)](#)

[Pressemitteilung - „Europe must remember its past to build its future \(19.09.2019\)“](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Corona-Aufbaufonds: Debatte mit Kommission und Rat zu nationalen Aufbauplänen

Am Mittwoch erörtern die Abgeordneten die Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne und schauen auf die Situation in den Ländern, deren Pläne noch nicht genehmigt wurden.

In der Debatte werden die Abgeordneten die Frage stellen, ob die nationalen Corona-Aufbaupläne die vereinbarten Ziele für den grünen und digitalen Wandel sowie für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik (z.B. Gesundheit und Bildung) vollständig erfüllen. Sie werden voraussichtlich betonen, dass die Zeit für die Umsetzung von Reformen und Investitionen läuft, und Lösungen von den Ländern fordern, die bisher noch nicht genügend Fortschritte vorweisen können.

Sie werden auch auf den Mangel an Ergebnissen in den Gesprächen mit den Regierungen von Ungarn und Polen hinweisen. Beide Regierungen sind nicht auf die Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit und der Angriffe auf die Justiz, des Vorrangs des EU-Rechts, des öffentlichen Auftragswesens, der Korruption und der ungleichen Behandlung von Minderheiten eingegangen.

Hintergrund

Derzeit sind 22 der 26 eingereichten [nationalen Aufbaupläne](#) genehmigt worden. Der niederländische Plan wurde noch nicht vorgelegt, und die EU-Kommission hat den ungarischen, polnischen, schwedischen und bulgarischen Plan noch nicht genehmigt. Die beantragten Vorfinanzierungsmittel in Höhe von 52,3 Milliarden Euro wurden bereits an 17 Mitgliedstaaten ausgezahlt. Spanien wäre der erste Mitgliedstaat, der im Rahmen der [Aufbau- und Resilienzfazilität](#) bald Zuschüsse in Höhe von 10 Milliarden Euro erhält, da die Kommission festgestellt hat, dass das Land die meisten der mit diesem ersten Antrag auf Mittelüberweisung verbundenen Meilensteine erreicht hat.

Aussprache: Mittwoch, 15. Dezember

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

Pressemitteilung - "Hungary and Poland plans should be approved only if concerns are addressed" (6.10.2021, auf Englisch)

Pressemitteilung - "MEPs quiz Commissioners on state of play of national recovery plans" (01.09.2021, auf Englisch)

Pressemitteilung - „Nationale Corona-Aufbaupläne sind historische Chance für nachhaltiges Wachstum“ (20.06.2021)

EP-Hintergrundinformationen: "Recovery and Resilience Plans - state of play" (Oktober 2021, auf Englisch)

Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien

EU-Werte in Slowenien: Parlament äußert Bedenken zu jüngsten Entwicklungen

Am Donnerstag stimmt das Parlament über eine Entschließung zur Lage der EU-Werte in Slowenien ab. Schwerpunkte sind Medienfreiheit, Unabhängigkeit der Justiz und der Zustand der Demokratie.

Während einer [Debatte im vergangenen Monat](#) kritisierten die Abgeordneten die Verzögerung bei der Ernennung von Staatsanwälten für die [Europäische Staatsanwaltschaft](#) (EStA) sowie den Mangel an Staatsanwälten im slowenischen Justizsystem im Allgemeinen. Sie äußerten auch Bedenken hinsichtlich der finanziellen und administrativen Unabhängigkeit der Justiz. Andere erwähnten den feindseligen Ton, der den politischen Diskurs des Landes durchdringt, und verwiesen auf Online-Belästigungen und Drohungen gegen Journalisten sowie auf [SLAPP-Klagen](#), d.h. missbräuchliche Klagen, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Obwohl das Problem mit der Finanzierung der slowenischen Presseagentur gelöst wurde, bestehen weiterhin Bedenken hinsichtlich ihrer künftigen Finanzierung und des Zustands der Medienlandschaft.

Debatte: Mittwoch, 24. November

Abstimmung: Donnerstag, 16. Dezember

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission, mit anschließender Debatte und Entschließung

Weitere Informationen

[Beobachtung der Lage in Slowenien - Gruppe des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten zur Beobachtung der Wahrung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte](#)

[Pressemitteilung - „Medienfreiheit: Parlament warnt vor Versuchen, Kritiker zum Schweigen zu bringen“ \(25.11.2020\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien \(Rechtsstaatlichkeit in Slowenien\)](#)

Fragen zur Änderung der Asylregeln an der EU-Außengrenze zu Belarus

Die Abgeordneten befragen Kommission und Rat zu dem Vorschlag, die EU-Asylregeln in Polen, Lettland und Litauen zur Bewältigung der Notlage an der EU-Außengrenze zu Belarus anzupassen.

Die EU-Kommission hat vergangene Woche [befristete rechtliche und praktische Maßnahmen zur Bewältigung der Notlage an der EU-Außengrenze zu Belarus](#) vorgeschlagen. Dies würde Polen, Lettland und Litauen mehr Flexibilität im Umgang mit der vom Lukaschenka-Regime organisierten Ankunft von Migranten und Asylbewerbern an ihren Grenzen geben. Die Behörden hätten dann mehr Zeit, den Antrag einer Person auf internationalen Schutz zu bearbeiten. Das Asylverfahren an der Grenze, das strenge Beschränkungen für die Antragsteller vorsieht, würde für fast alle Antragsteller gelten und darf dann bis zu 16 Wochen dauern, und die Rückführungsverfahren würden schneller ablaufen.

Um in Kraft zu treten, muss der [Vorschlag vom Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments gebilligt werden](#). In der Plenardebatte werden die Abgeordneten voraussichtlich die Vorteile dieser Entscheidung vor dem aktuellen humanitären Hintergrund in Frage stellen, ebenso wie die Wahl des Rechtsrahmens, der für die Änderung dieser Regeln verwendet wird und der das Parlament als Mitgesetzgeber umgeht und ihm nur eine beratende Rolle zuweist.

Aussprache: Mittwoch, 15. Dezember

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

Plenardebatte zur Lage in Belarus und an seiner Grenze zur EU und die sicherheitspolitischen und humanitären Folgen (23.11.2021)

Pressemitteilung - „Abgeordnete besorgt über humanitäre Lage an Grenze zwischen Polen und Belarus“ (10.11.2021)

Multimedia-Center

Internationales Beschaffungswesen: Diskriminierung von EU-Firmen beenden

Das Parlament wird am Dienstag über ein internationales Instrument abstimmen, das Drittländer dazu bringen soll, ihre Märkte für öffentliche Aufträge für die EU zu öffnen.

Das vorgeschlagene [Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen](#) (*International Procurement Instrument, IPI*) sieht Maßnahmen vor, die den Zugang von Nicht-EU-Unternehmen zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten der EU einschränken, wenn die Regierungen dieser Länder EU-Unternehmen keinen vergleichbaren Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen gewähren. Durch die Förderung der Gegenseitigkeit zielt das IPI darauf ab, diese geschützten Märkte zu öffnen und die Diskriminierung von EU-Unternehmen in Drittländern zu beenden.

Die Abgeordneten des Ausschusses für internationalen Handel unterstützten das Gesamtziel des Instruments, änderten jedoch seine Gestaltung, seinen Anwendungsbereich und den Ermessensspielraum der Mitgliedstaaten bei seiner Anwendung. Einzelheiten zu den Änderungen finden Sie in der [Pressemitteilung](#) (auf Englisch).

Der im Plenum angenommene Text wird als Mandat des Parlaments in den kommenden Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten dienen.

Abstimmungsergebnisse: Mittwoch, 15. Dezember

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

[Entwurf des Berichts](#)

[Berichtersteller Daniel Caspary \(EVP, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Weitere Informationen zu Inhalt und Verfahren \(auf Englisch\)](#)

[Öffentliches Auftragswesen in der EU \(Europäische Kommission, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „EU international procurement instrument“ \(auf Englisch\)](#)

Weitere Bedrohungen der Grundrechte in Polen

Am Mittwochnachmittag wird sich das Plenum mit den jüngsten Ereignissen in Polen befassen, die befürchten lassen, dass sich das Land weiter von der Achtung der Werte der EU entfernt.

In einer Debatte mit Vertretern des Rates und der Kommission werden die Abgeordneten voraussichtlich auf das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom 24. November eingehen, das Teile der Europäischen Menschenrechtskonvention für unvereinbar mit der polnischen Verfassung erklärt hat. Das Urteil folgte auf ein [früheres Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte](#), das die Rechtmäßigkeit der Ernennung von Richtern des polnischen Verfassungsgerichts in Frage stellte.

Es wird erwartet, dass die Abgeordneten ihre Besorgnis über den Vorschlag der Regierung äußern werden, Ärzte zu verpflichten, alle Schwangerschaften und Fehlgeburten in einem zentralen Register zu erfassen. Das Register könnte bereits im Januar 2022 in Kraft treten.

Debatte: Mittwoch, 15. Dezember

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

[Pressemitteilung - „Polen: Restriktives Abtreibungsgesetz darf keine weiteren Opfer fordern“ \(11.11.2021\)](#)

[Pressemitteilung - „Polen: Vorrang des EU-Rechts aufrechterhalten“ \(19.10.2021\)](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Grünes Licht für das Europäische Jahr der Jugend 2022

Am Dienstag werden die Abgeordneten erwartungsgemäß gutheißen, dass die EU im nächsten Jahr die Bedürfnisse junger Menschen in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns stellen wird.

Laut der am Montag von den [Mitgesetzgebern erzielten Einigung](#) werden die Schwerpunkte des Europäischen Jahres der Jugend 2022 sein, positive Perspektiven für junge Menschen nach der Pandemie zu schaffen und jugendpolitische Prioritäten in alle relevanten EU-Politikbereiche aufzunehmen.

Debatte: Dienstag, 14. Dezember

Abstimmung: Dienstag, 14. Dezember

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(6.12.2021\)](#)

[Berichterstatterin Sabine VERHEYEN \(EVP,DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Ukraine: Angst vor russischem Einmarsch - Debatte mit dem EU-Außenbeauftragten

Am Dienstagnachmittag diskutieren die Abgeordneten mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell über den militärischen Aufmarsch Russlands an der Grenze zur Ukraine.

Russland hat kürzlich tausende Militärangehörige in die Nähe der ukrainischen Ostgrenze verlegt, obwohl die russische Regierung jegliche Pläne für einen Angriff auf das Nachbarland dementiert hat.

Westliche Staats- und Regierungschefs, darunter die der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Deutschlands und Italiens, haben Russland zum Abbau der derzeitigen Spannungen aufgefordert und gleichzeitig ihre Bereitschaft signalisiert, auf jegliche russische Aggressionen entschieden zu reagieren, beispielsweise durch die Verhängung harter Wirtschaftssanktionen.

Am Donnerstag wird eine Entschließung zur Abstimmung gestellt.

Aussprache: Dienstag, 14. Dezember

Abstimmung: Donnerstag, 16. Dezember

Verfahren: Erklärung des EU-Außenbeauftragten mit anschließender Debatte und Entschließung

Weitere Informationen

[EP Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Ansprache von Nana Addo Dankwa Akufo-Addo, Präsident von Ghana, *Feierliche Sitzung, Dienstag*
- Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt: Gewalt im Internet - Bericht: Elissavet Vozemberg-Vrionidi, Sylwia Spurek, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Die Lage in Nicaragua - Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Debatte Dienstag, Abstimmung Donnerstag*
- Herausforderungen und Chancen für multilaterale Systeme der Rüstungskontrolle und Abrüstung in Bezug auf Massenvernichtungswaffen - Bericht: Sven Mikser, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Neue Leitlinien für die humanitären Maßnahmen der EU - Bericht: Norbert Neuser, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch (Ergebnis Donnerstag)*
- Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Westlichen Balkan - Bericht: Lukas Mandl, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch (Ergebnis Donnerstag)*
- EU-weites Verbot des Einsatzes von Wildtieren in Zirkussen - Anfrage zur mündlichen Beantwortung, *Debatte Donnerstag*
- Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Kroatien - Bericht: Karlo Ressler, *Abstimmung Dienstag*
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Zwei Anträge zu Italien, ein Antrag zu Spanien - Berichte: Janusz Lewandowski (Italien), Esteban González Pons (Spanien), *Abstimmung Dienstag*
- Beratungen des Petitionsausschusses im Jahr 2020 - Bericht: Gheorghe Falcă
- Auswirkungen der organisierten Kriminalität auf die Eigenmittel der EU und auf die Zweckentfremdung von EU-Mitteln - Bericht: Tomáš Zdechovský
- Vorbeugung von Korruption, vorschriftswidrigen Ausgaben und der Zweckentfremdung von europäischen und nationalen Mitteln im Falle von Nothilfefonds und krisenbezogenen Ausgabenbereichen - Bericht: Michèle Rivasi
- Umsetzung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden - Bericht: Seán Kelly
- Europäischer Rahmen für die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern und Überarbeitung der Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats - Bericht: Gabriele Bischoff
- Ergebnisse des globalen Gipfeltreffens „Ernährung für Wachstum“ (Japan, 7./8. Dezember) und Verbesserung der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern - Erklärung der Kommission
- Bewertung von Gesundheitstechnologien - Empfehlung für die zweite Lesung: Tiemo Wölken
- Hindernisse für den freien Warenverkehr - Anfrage zur mündlichen Beantwortung
- MeToo und Belästigung, Auswirkungen in den EU-Organen - Anfrage zur mündlichen Beantwortung
- Umsetzung des Zertifikationssystems des Kimberley-Prozesses, Anfrage zur mündlichen Beantwortung
- Leitlinien der EU-Kommission für inklusiven Sprachgebrauch, Debatte zu aktuellen Themen in Anwesenheit der EU-Kommission
- Partnerschaftliches Fischereiabkommen EG/Gabun: Protokoll zur Durchführung - Empfehlung: Izaskun Bilbao Barandica